

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft,
Umwelt u. ländliche Räume
Staatssekretärin
Frau Dr. Ingrid Nestle
Mercatorstraße 3
24106 Kiel

Prof. Dr. Linda Maria Koldau
Sprecherin der Bürgerinitiative
„Hände weg von Schwedeneck“
Tel.: 0 43 08 – 18 94 76
E-Mail: Linda.Koldau@gmx.de

**Betr.: Zusagen des SH-MELUR hinsichtlich des Erdöl-Explorationsprojekts
Schwedeneck (Treffen mit den Bürgerinitiativen im SH-MELUR am 10.03.2016)**

21. März 2016

Sehr geehrte Frau Dr. Nestle,

vielen Dank für das Treffen im MELUR am 10. März 2016. Wir begrüßen Ihre grundsätzliche und nachdrückliche Ablehnung der Erdölförderung als eine der gefährlichsten und umweltschädlichsten Arten der Energiegewinnung, wunderten uns jedoch, dass der Minister die Erdölförderung gerade in Schleswig-Holstein großflächig genehmigen will. Hier möchte ich nochmals schriftlich drei Punkte festhalten, die Sie hinsichtlich des Erdöl-Explorationsprojekts Schwedenecks zugesagt haben.

1. Schriftliche Zusage der DEA, dass sie Fracking nicht anwenden wird

In der Diskussion um die mündliche Zusage der DEA gegenüber Minister Dr. Habeck, dass sie den Einsatz von Fracking nicht vorsieht, haben Sie vorgeschlagen, dass das MELUR bei der DEA um eine schriftliche Version dieser Zusage bittet. Dafür wären wir dankbar. Wir möchten des weiteren darum bitten, dass **diese Zusage in einer eindeutigen sprachlichen Form erfolgt**, dass also Formulierungen wie „wir beabsichtigen nicht“ oder „wir sehen nicht vor“ durch „wir *werden* nicht“ ersetzt werden.

2. Identifizierung und Prüfung der 35 Altbohrungen in Schwedeneck

Eine besondere Gefahrenquelle für Schwedeneck und die umliegende Region bedeuten die 35 Altbohrungen, deren Lage zum großen Teil nicht einmal bekannt ist. Wir bitten das MELUR darum,

- a) die Lage dieser Altbohrungen zu identifizieren;
- b) die Füllprotokolle öffentlich zugänglich zu machen;
- c) die Übergabeprotokolle öffentlich zugänglich zu machen;
- d) die Abdichtung der Altbohrungen auf ihren technologischen Stand und ihre jetzige und zukünftige Sicherheit zu prüfen (wobei vor allem die Bedingungen neuerlicher Bohrungen mit der Gefahr des Austritts von Flüssigkeiten und Gasen zu berücksichtigen wären).

Da diese Altbohrungen bei dem jetzigen Stand der Ungewissheit über ihre Lage und Sicherheit ein enormes Umweltrisiko für die gesamte Region bedeuten, fordern wir ein Moratorium: Solange die Prüfung und Sicherung nicht erfolgt ist, sind seismische Proben und Bohrungen vollständig auszuschließen.

3. Umweltverträglichkeitsprüfung mit vertiefter Prüfung der speziellen Gegebenheiten in Schwedeneck

Wir fordern die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung und umfangreichen Information der Öffentlichkeit. Nur eine Vorprüfung durchzuführen, wäre in Schwedeneck keineswegs ausreichend, da die Stellungnahme des MELUR vom 17. Okt. 2012 abschließend betont, „...dass Interessen des Natur- und Artenschutzes das beantragte Vorhaben ausschließen“, und die Bewilligung des LBEG nur mit der Einschränkung erfolgt ist, dass die in der Stellungnahme genannten Aspekte des Natur- und Artenschutzes „vertieft zu prüfen“ sind.

In Schwedeneck sind bei einer UVP nicht nur der Artenschutz und die zahlreichen Biotope zu berücksichtigen, sondern vor allem auch die geologische Sondersituation der instabilen Steilküste. In einem Bericht der Kieler Nachrichten vom 29. Februar 2016 (S. 16) hat der Küstengeologe Dr. Klaus Schwarzer von der Universität Kiel dargelegt, dass das Küstenprofil von Schwedeneck nicht in Gefahr ist, solange der Mensch nicht ins natürliche Gleichgewicht der dynamischen Küste eingreift. **Ein massiverer Eingriff in dieses Gleichgewicht als Bohrungen nach und Förderung von Öl ist in der Tat nicht vorstellbar:** Kein Landwirt, kein Forstbetrieb und kein Bauunternehmen verfügt über Maschinen von einer derartigen Kraft und Reichweite wie die der Ölindustrie. Da zum Schutz der Uferschwalben, die an dieser Steilküste brüten, schon bestimmte Sportarten von April bis Oktober verboten sind, gehen wir selbstverständlich davon aus, dass eine Ölförderung erst recht nicht zulässig ist und deshalb auch künftig die Stellungnahme des MELUR ihre volle Geltung behält: „...dass Interessen des Natur- und Artenschutzes das beantragte Vorhaben ausschließen.“

Darüber hinaus fordern wir eine vertiefte Prüfung, wie die Reinheit des vorhandenen, hervorragenden Trink- und Grundwassers in Schwedeneck gesichert werden kann. Allein durch die 35 Altbohrungen besteht die unmittelbare Gefahr, dass unser Wasser bei neuerlicher Ölförderung durch das mitgeförderte, stark giftige und radioaktive Lagerstättenwasser kontaminiert wird und so dauerhafte gesundheitliche Beeinträchtigungen und Erkrankungen bei den hier lebenden Menschen verursacht.

Zusätzlich zu diesen drei Punkten, die bei unserem Treffen am 10. März 2016 besprochen wurden, erbitten wir Auskunft in folgenden zwei Punkten:

1. Karte über das bewilligte Feld Schwedeneck-See

Laut Minister Dr. Habeck hat das LBEG im Schwedeneck mehrere Gebiete identifiziert, die kein Naturschutzgebiet sind. Damit begründen LBEG und Minister Dr. Habeck die Bewilligung zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl, die im Widerspruch zur eindeutigen Stellungnahme des MELUR steht. In den bislang zugänglichen Akten zum Bewilligungsverfahren fehlt die Dokumentation, wie es zur Identifikation der bewilligungsfähigen Anteile im Feld Schwedeneck-See gekommen ist. **Wir bitten Sie darum, uns diese fehlenden Akten sowie eine Dokumentation der diesbezüglichen Absprachen zwischen LBEG und MELUR zugänglich zu machen. Insbesondere erbitten wir eine spezifische Auskunft, wie viel Prozent die Gebiete, die nicht dem Naturschutz unterstehen, vom gesamten beantragten Feld ausmachen. Bitte legen Sie eine Karte vor, aus der hervorgeht, um welche Flächen es sich handelt.**

2. Aufsuchungshandlungen der DEA seit Erhalt der Bewilligung

Bitte teilen Sie uns mit, welche Aufsuchungshandlungen im Feld Schwedeneck-See die Firma DEA in den vergangenen drei Jahren getätigt hat.

Darüber hinaus schließen wir uns folgenden Punkten im Schreiben der Bürgerinitiative „Angeliter bohren nach“ (16. März 2016) an Sie an:

1. Transparenz des Verfahrens in allen seinen Phasen

Wir wünschen eine durchgängige Transparenz und den Dialog mit den Bürgern Schwedenecks im gesamten Verfahren. Hinsichtlich des aktuellen Stands fordern wir, dass uns das MELUR informiert, sobald die DEA einen Betriebsstättenantrag für das Feld Schwedeneck-See stellt, und dass die Gemeinde wie auch die Bürger in das Beantragungsverfahren mit einbezogen werden.

2. Lagerstättenwasser

Da ein umweltgerechter Umgang mit Lagerstättenwasser nach Auskunft des Umweltbundesamts derzeit nicht sichergestellt ist, schließen wir uns der Forderung nach einem Moratorium an: Stopp aller Anträge auf Erdölförderung, bis ein umweltgerechter Umgang mit Lagerstättenwasser und ein „Stand der Technik“ auf nationaler und europäischer Ebene sichergestellt ist.

3. Klimawandel

Wir schließen uns hier voll und ganz den Aussagen der Bürgerinitiative „Angeliter bohren nach“ in ihrem Schreiben vom 16. März 2016 an. Es ist unverständlich, wie das schleswig-holsteinische MELUR auch nur erwägen kann, weitere Erdölfelder in Schleswig-Holstein zu erschließen. Dies erscheint angesichts des faktischen Überangebots von Kohlenwasserstoffen auf dem Weltmarkt nicht nur absurd, sondern widerspricht:

- a) der Energiewende-Politik der Bundesregierung und des SH-MELUR selbst;
- b) den Beschlüssen der Pariser Klimakonferenz;
- c) der Pflicht des MELUR, europäisch geschützte Naturgebiete und Arten vor Eingriffen zu schützen,
- d) §1 des BBergG, der die Erschließung neuer Erdöl-/Erdgasfelder nur vorsieht, wenn die Rohstoffversorgung durch Erdöl/Erdgas nicht gesichert ist.

Wie Umweltminister Dr. Habeck erwägen kann, angesichts dieser Widersprüche das europäisch geschützte FFH-Gebiet „Südküste der Eckernförder Bucht“ einer langfristigen Ölförderung preiszugeben, ist für uns in keiner Weise nachvollziehbar.

4. Treffen der Bürgerinitiativen im MELUR

Wir empfanden das Treffen als konstruktiv und hinsichtlich des gegenseitigen Informationsaustauschs (gerade auch von den Bürgerinitiativen an das MELUR) als in hohem Grade sinnvoll. Daher würden wir uns freuen, wenn in Zukunft, wie angeregt, regelmäßige Treffen stattfinden. Hinsichtlich solcher Treffen schließen wir uns dem Wunsch der BI „Angeliter bohren nach“ an, die betroffenen Landkreise mit einzuladen, sich vorab auf eine Tagesordnung zu einigen, damit sich beide Seiten vorbereiten und die meisten Fragen sogleich im Gespräch klären können, und eine Protokollführung zu veranlassen.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Linda Maria Koldau